



Niederschrift

44. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion

Sitzungstermin:	Dienstag, 20.11.2018
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:45 Uhr
Ort, Raum:	Haus der Begegnung, Zum Teufelssee 30, 14478 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Imke Eisenblätter	SPD	Sitzungsleitung
------------------------	-----	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Kati Biesecke	DIE LINKE	
Frau Jana Schulze	DIE LINKE	
Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Katharina Tietz	DIE aNDERE	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Lothar Wilhelm Wellmann	Bürgerbündnis-FDP	ab 18:05 Uhr
------------------------------	-------------------	--------------

sachkundige Einwohner

Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE	
Frau Manuela Kiss	Beirat für Menschen mit Behinderungen	bis 20:35 Uhr
Herr Axel Mertens	Bündnis 90/Die Grünen	bis 20:00 Uhr
Frau Barbara Müller	Bürgerbündnis-FDP	
Herr Karsten Oqueka	Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler	
Herr Bertram Otto	SPD	
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	
Frau Martina Wilczynski	Fraktion SPD	

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Kathleen Krause	SPD	entschuldigt
Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU/ANW	entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Frau Irene Kamenz	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt
-------------------	-------------------	--------------

sachkundige Einwohner

Frau Christiane Dreusicke	CDU/ANW	nicht entschuldigt
---------------------------	---------	--------------------

Frau Olga Gelfand	Migrantenbeirat	entschuldigt
Herr Kai Okurka	Beirat für Menschen mit Behinderungen	entschuldigt
Frau Monique Tinney	DIE aNDERE	entschuldigt

Gäste:

Frau Antoinette Fuchs	Leiterin Haus der Begegnung
Herr Sebastian Schultz	Haus der Begegnung
Herr Christoph Richter	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Frau Sigrun Rabbe	Entwicklungsträger Bornstedter Feld
Herr Gerd Claussen	Bereich Stadterneuerung
Frau Claudia Fischer	Geschäftsführerin KUBUS gGmbH
Herr Frank Thomann	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Herr Jörg Bindheim	FB Soziales und Gesundheit
Frau Sarah Knorr	GB Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung
Frau Nicole Dörnbrack	Schritfführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 09.10.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Vorstellung des Hauses der Begegnung

- 4 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums

- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 5.1 Vorhabensbeschluss zur Gründung bzw. Erwerb einer gemeinnützigen Gesellschaft für die Stadtteilarbeit der ProPotsdam GmbH
Vorlage: 18/SVV/0634
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
- Wiedervorlage -

- 5.2 Konkretisierung der Ziele für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld
Vorlage: 18/SVV/0735
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

- 5.3 Interdisziplinäre Fachtagung Stadtteilarbeit
Vorlage: 18/SVV/0740
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 5.4 Kundenbefragung in der Ausländerbehörde
Vorlage: 18/SVV/0771
Fraktion DIE aNDERE

- 5.5 Lokaler Teilhabeplan 2.0
Vorlage: 18/SVV/0777
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Kosten der Festlegung zu Modernisierungsumlage und Mietsteigerungen bei
Wohnungen der städtischen ProPotsdam GmbH
Vorlage: 18/SVV/0791
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 6.2 Förderung von sozial- und gesundheitsfürsorglicher Angebote 2019
- 6.3 Information zur Spendensammelstelle

- 7 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Imke Eisenblätter.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 09.10.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Eisenblätter stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Frau Eisenblätter stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 09.10.2018 zur Abstimmung.

Frau Schulze merkt an, dass der Niederschrift nicht die Stellungnahme der AG der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser beigefügt war, wie es zugesagt wurde. Sie bittet um Nachsendung der Stellungnahme. Dies wird im Nachgang der Sitzung durch Frau Eisenblätter zugesagt.

Frau Eisenblätter stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 09.10.2018 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird **mehrheitlich bestätigt**.

Anschließend stellt Frau Eisenblätter die Tagesordnung zur Abstimmung.

Frau Schulze beantragt das Rederecht für Frau Fischer (KUBUS gGmbH) zum TOP 5.1 „Vorhabensbeschluss zur Gründung bzw. Erwerb einer gemeinnützigen Gesellschaft für die Stadtteilarbeit der ProPotsdam GmbH“ (Vorlage 18/SVV/0634). Frau Fischer wurde nach Abstimmung in der letzten Sitzung des GSI-Ausschusses durch die Verwaltung zur heutigen Sitzung eingeladen.

Die Tagesordnung sowie das Rederecht für Frau Fischer werden **einstimmig bestätigt**.

zu 3 **Vorstellung des Hauses der Begegnung**

Frau Fuchs (Leiterin der Einrichtung) stellt das Haus und ihr Team vor. Sie informiert, dass sich die Aufgaben in einen externen und einen internen Teil gliedern.

Die Besucher des Hauses kommen hauptsächlich aus der Waldstadt, Menschen mit einer Behinderung aus dem ganzen Stadtgebiet. Hier steht Hilfe zur Selbsthilfe im Mittelpunkt. Informationsblätter sowie weitere Materialien zum Haus werden ständig aktualisiert.

Es gibt soziokulturelle Angebote für Menschen mit Behinderung. Die Angebote des Hauses sollen aber noch weiter ausgebaut werden. Aktuell gibt es 20 Angebote, Einzeltagesveranstaltungen oder Informationsveranstaltungen.

Es wird eine kostenlose Rechtsberatung einer Richterin aus Berlin angeboten. Die Mitarbeitenden des Hauses dürfen selbst nicht beraten, können aber entsprechende Angebote einholen. Alle zwei Monate gibt es wechselnde Vernissagen mit Eröffnungsveranstaltungen zur Vorstellung der Künstler.

Die Vision des Hauses ist der Ausbau der Angebote und Erweiterung der Zielgruppen. Der ursprüngliche Auftrag ist aufgrund der Lage der Einrichtung nicht ausreichend umsetzbar, daher erfolgte ein Ausbau hin zum Bürgerhaus in der Waldstadt. Das Haus ist gut vernetzt im Stadtteil, andere Träger nutzen die Räumlichkeiten auch mit.

Das Haus der Begegnung hat auch eine gute Homepage, auf der man alle Informationen nachlesen kann.

Herr Thomann verweist auf das gute Angebot für Personen mit Parkinsonerkrankung.

Frau Schulze fragt nach, was unter dem kostenlosen Ausbau der Rechts- und Sozialberatung zu verstehen ist.

Frau Fuchs verweist auf eine geplante stärkere Öffentlichkeitsarbeit, um mehr Klientel zu erreichen. Ziel ist es, weitere Beratungsangebote einzuholen, z.B. für Menschen mit chronischen Erkrankungen.

Herr Schultz (Haus der Begegnung) informiert über die externen Angebote. Das Haus der Begegnung engagiert sich seit 16 Jahren beim Straßenfest für Menschen mit Behinderung, das in der Zwischenzeit eine Traditionsveranstaltung ist. Menschen mit Behinderungen wollen dabei in die Öffentlichkeit gehen, um zu zeigen, dass ein Leben mit einer Behinderung kein Grund ist, sich nicht zu engagieren und trostlos zu leben. Aktuell wird dafür weiter an der Vernetzung der Partner gearbeitet.

Eine gute Zusammenarbeit besteht mit dem Beauftragten für Menschen mit Behinderung der Landeshauptstadt Potsdam, Christoph Richter.

Frau Fuchs weist noch auf einen Punkt hin, der nicht in den Förderantrag für das Jahr 2019 eingeflossen ist. Sie bittet darum, dass ab dem Jahr 2020 die Gehälter der Mitarbeitenden nach dem TVÖD vergütet werden. Die Einrichtung hat dies noch nicht in den Antrag für 2019 einfließen lassen. Ab 2020 sollen aber Gehälter nach dem TVÖD beantragt werden.

Frau Tietz hält das für selbstverständlich und kann nicht nachvollziehen, warum der Fachbereich Soziales und Gesundheit für die Förderung freier Träger verantwortlich ist und nicht die Zuordnung zu den Begegnungshäusern vorliegt.

Herr Bindheim teilt dazu mit, dass die Richtlinie zur Förderung freier Träger gerade überarbeitet wird. Dabei spielt auch die Zuständigkeit und bessere Abstimmung innerhalb der Verwaltung eine größere Rolle. Die Zuständigkeit für das Haus der Begegnung ist in der Vergangenheit so gewachsen und wurde durch die Zielgruppe bestimmt.

zu 4 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums

Frau Kiss informiert, dass der **Beirat für Menschen mit Behinderung** aktuell die 3. offizielle Beiratssitzung durchgeführt hat. Es wurden die Schwerpunkte für das Jahr 2019 thematisiert, wobei der Inklusionspreis und die Umsetzung der „Inklusiven Woche“ eine wichtige Rolle spielen. Es gab eine Verständigung zur Arbeit der sachkundigen Einwohner. Aktuell erfolgt hier die Einarbeitung und die Schwerpunktsetzung.

Frau Schulze verweist darauf, dass sie empfohlen hat, bei der Umsetzung und Organisation des Inklusionspreises auf die Fraktionen und die Stadtverwaltung zuzugehen. Bisher ist dazu noch keine Kontaktaufnahme erfolgt.

Herr Puschmann informiert, dass es eine Klausurtagung der **Seniorenbeiräte** des gesamten Landes Brandenburg gab. Dort wurde ein Brandbrief an das Land, die Landesfraktionen und, Landtagsabgeordneten verabschiedet. Die Stimmung der Senioren im Land Brandenburg ist nicht gut. Grund dafür ist die latent vorhandene Altersarmut, auch in Potsdam. Er sagt zu, den Brief dem GSI-Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Daher gibt es die Forderung eines Senioren-Landesbeauftragten. Des Weiteren müssen mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

In der nächsten Woche gibt es eine Klausurtagung in der Stadt. Herr Puschmann dankt der Stadt für die Durchführung des Tages der älteren Generation am 19.10.2018. Es war ein toller Tag. Er spricht auch den Mitarbeiterinnen der Verwaltung seinen Dank für die Unterstützung aus.

Am 22.11.2018 findet zur Vorbereitung der 26. Brandenburger Seniorenwoche für alle Vereine im Haus 1 ein Termin statt.

Der große Schreibwettbewerb der Senioren soll im nächsten Jahr generationsübergreifend sein, also nicht nur Zeitzeugen einbinden, sondern auch jüngere Menschen.

Auch die Digitalisierung geht nicht an den Senioren vorbei. Die Senioren machen dazu Kurse, um auf dem Laufenden zu bleiben.

Frau Eisenblätter verabschiedet den Beigeordneten Herrn Schubert, da es für ihn die letzte Ausschusssitzung ist.

Herr Schubert dankt den Ausschussmitgliedern für die gute Zusammenarbeit in den letzten zwei Jahren.

Herr Schubert muss die Sitzung aufgrund eines Paralleltermins vorzeitig verlassen.

zu 5 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 5.1 **Vorhabensbeschluss zur Gründung bzw. Erwerb einer gemeinnützigen Gesellschaft für die Stadtteilarbeit der ProPotsdam GmbH** **Vorlage: 18/SVV/0634**

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
- Wiedervorlage -

Frau Schulze verweist auf die Aussage, dass es Gespräche zwischen Verwaltung, ProPotsdam GmbH und KUBUS gGmbH zur Thematik gibt.

Frau Fischer (KUBUS gGmbH) gibt dazu Auskunft. Die Diskussion um die KUBUS gGmbH hat dazu bereits in mehreren Ausschüssen stattgefunden. Anfang November 2018 hat es im Büro des Aufsichtsratsvorsitzenden, Herrn Tölke, bereits erste Gespräche gegeben.

Frau Fischer weist darauf hin, dass der Gesellschaftszweck der KUBUS gGmbH nicht nur auf die Zielgruppe der jungen Menschen ausgerichtet ist. Es gibt daher einen Willen zur gegenseitigen Abgrenzung.

Das Beteiligungsmanagement der Landeshauptstadt Potsdam wird in die Gespräche einbezogen. Diese stehen aber noch aus.

Der Jugendhilfeausschuss hat sich bereits mit der vorliegenden Beschlussvorlage beschäftigt und auf eine Textänderung verständigt.

Herr Thomann stellt die folgende Änderung des Jugendhilfeausschusses zur vorliegenden Beschlussvorlage vor:

Frau Eisenblätter schlägt vor, sich dem Antrag anzuschließen.

Frau Schulze berichtet, dass sie an der Sitzung des Jugendhilfeausschusses teilgenommen hat. Ergänzend zu der vorgeschlagenen Änderung weist sie darauf hin, dass Herr Westphal immer darauf verwiesen hat, dass man sich auf die 3 Häuser der Pro Potsdam bezieht und beschränkt. Sie stellt daher den Antrag auf folgende Ergänzung:

Dies sollte für die 3 Häuser des Trägers Soziales Stadt eV. gelten.

Frau Eisenblätter stellt den Antrag von Frau Schulze zur Ergänzung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2

Ablehnung: 2

Enthaltung: 2

Somit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Frau Eisenblätter stellt die folgende Ergänzung des Jugendhilfeausschusses vom 18.10.2018 zur Abstimmung:

Zur Vermeidung von Doppelstrukturen wird das Tätigkeitsfeld anderer städtischer Gesellschaften und der Potsdamer Trägerlandschaft im Gründungsprozess berücksichtigt. Im Falle der Ausweitung auf weitere Tätigkeitsorte und -felder ist der Subsidiaritätsgrundsatz zu wahren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 0
Enthaltung: 3

Somit ist der Ergänzung zugestimmt.

Abschließend stellt Frau Eisenblätter die so ergänzte Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle Vorbereitungen zu treffen, die für die Gründung bzw. den Erwerb einer gemeinnützigen Gesellschaft für die Stadtteilarbeit der ProPotsdam GmbH erforderlich sind. Dies betrifft insbesondere die Prüfung des Vorliegens der kommunal- und gesellschaftsrechtlichen Voraussetzungen und die Durchführung der erforderlichen Maßnahmen. **Zur Vermeidung von Doppelstrukturen wird das Tätigkeitsfeld anderer städtischer Gesellschaften und der Potsdamer Trägerlandschaft im Gründungsprozess berücksichtigt. Im Falle der Ausweitung auf weitere Tätigkeitsorte und -felder ist der Subsidiaritätsgrundsatz zu wahren.**

Das Ergebnis der Prüfung mit einem Vorschlag zum weiteren Vorgehen ist der Stadtverordnetenversammlung zur abschließenden Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen.

**zu 5.2 Konkretisierung der Ziele für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld
Vorlage: 18/SVV/0735**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Es erfolgt eine Einleitung durch Herrn Claussen (Bereich Stadterneuerung).

Frau Rabbe (Entwicklungsträger Bornstedter Feld) stellt anhand einer Powerpointpräsentation Planungen vor. Sie weist darauf hin, dass sich der Stadtteil innerhalb von 25 Jahren entwickelt hat. Damit erfolgte auch eine ständige Anpassung der Ziele, die kurz vor dem Abschluss stehen. Das Bornstedter Feld ist eine klassische Konversionsfläche.

Bisher wurden 766 Kita-Plätze geschaffen, weitere sind im Bau. Die gesamte Schulversorgung an 2 Standorten wurde realisiert, 2 sind noch in der Realisierung. Offen ist noch die Errichtung der Jugendfreizeiteinrichtungen.

Mit der Statistik für Potsdam wurde die Entwicklungsprognose und die Bevölkerungsentwicklung angepasst und überarbeitet. Die Prognose muss danach korrigiert werden.

Festzustellen ist, dass ein überproportional hoher Durchschnitt an Kindern und Jugendlichen im Bornstedter Feld leben. Das heißt, wenn der Wohnungsbau abgeschlossen ist, müssen die entsprechenden Einrichtungen vorhanden sein.

Auf Nachfrage erklärt Frau Rabbe, dass ein Bürgertreff mit in die Planungen aufgenommen werden soll und gibt einen Überblick über die Maßnahmen, die zügig umgesetzt werden sollen.

Sie weist darauf hin, dass sich die gesamte Entwicklungsmaßnahme finanzieren

muss. Die finanziellen Auswirkungen in der Vorstellung sollen als Prognose und nicht als scharfe Darstellungen verstanden werden.

Frau Eisenblätter bittet Herrn Wellmann um Einbringung des Änderungsantrags.

Herr Wellmann bringt den Änderungsantrag ein und betont, dass Reserveflächen z.B. zum Bau eines Kiez-Bades vorgehalten werden sollten. Er betont, dass man sich aufgrund der wachsenden Bevölkerung nicht alle Reserveflächen verbauen sollte.

Frau Schulze stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**:
Sie bittet den Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW heute nur zur Kenntnis zu nehmen und keine Empfehlung abzugeben.

Herr Wellmann versteht die Aussage, dass hier besonders soziale Aspekte im Vordergrund stehen, aber die räumliche Diskussion hat soziale Bezüge. Er weist darauf hin, dass gerade auch in Bezug auf die Fläche für das Kiez-Bad zukünftige Entscheidungen verschenkt werden. Daher ist der Bezug zum Bauausschuss wichtig.

Frau Eisenblätter stellt den Geschäftsordnungsantrag von Frau Schulze zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich angenommen.

Herr Wellmann bittet um Rückstellung des Änderungsantrages der Fraktion CDU/ANW.

Frau Eisenblätter stellt die Rückstellung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich angenommen.

Frau Eisenblätter bittet um Abstimmung über die Rückstellung der Beschlussvorlage 18/SVV/0735.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich angenommen.

Somit ist die Drucksache zurückgestellt.

zu 5.3 Interdisziplinäre Fachtagung Stadtteilarbeit

Vorlage: 18/SVV/0740

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Eifler bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Tietz bitte um Konkretisierung des Antrages und Abgrenzung zur eigentlichen Arbeit.

Der Antrag wird mit folgendem geänderten Beschlusstext zur Abstimmung gegeben:

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine „interdisziplinäre Fachtagung“ zur Stadtteilarbeit der Landeshauptstadt vorzubereiten und durchzuführen, mit dem Ziel eine Vernetzung, **Abgrenzung und Konkretisierung** der Konzepte Stadtteilarbeit, des Bürgerhäuser-Konzeptes sowie des Stadtentwicklungskonzeptes (STEK) Wohnen so zu schaffen, dass diese sich gewinnbringend ergänzen und konkrete, sich daraus ergebende Projekte umgesetzt werden können.

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.**

**zu 5.4 Kundenbefragung in der Ausländerbehörde
Vorlage: 18/SVV/0771
Fraktion DIE aNDERE**

Frau Tietz bringt den Antrag ein. Sie erklärt, dass es eine Evaluation der Beschwerden geben soll, damit die Probleme herausgearbeitet und geändert werden können.

Herr Thomann gibt die Stellungnahme der Verwaltung ab. Er teilt mit, dass eine erneute Kundenbefragung in der Ausländerbehörde im Rahmen des Qualitätsmanagements und der ISO-Zertifizierung bereits für das Jahr 2018 geplant war. Diese Befragungen werden in Zusammenarbeit mit dem Bereich Statistik und Wahlen durchgeführt, dessen methodische und wissenschaftliche Unterstützung, wie z. B. der Fragebogengestaltung, Stichprobengröße, Repräsentativität und Analyseansatz unerlässlich ist.

Die Befragung konnte aufgrund unterschiedlicher Gründe bisher nicht durchgeführt werden.

Da bereits zwei Kundenbefragungen in der Ausländerbehörde durchgeführt wurden und eine regelmäßige Umfrage von vornherein beabsichtigt war, ist die Zielrichtung bereits umrissen.

Eine Abstimmung mit dem Bereich Statistik und Wahlen zu allen relevanten Fragen ist für Ende November 2018 geplant. Eine Kundenbefragung mit dessen Unterstützung wäre für das 1. Quartal 2019 möglich, wenn alle Voraussetzungen wie Erhebungsdesign, Erhebungsinstrument und Kostenplanung besprochen und vereinbart sind.

Eine Abstimmung mit dem Migrantenbeirat und ggf. Externen ist unter Beachtung der o. g. Vorgaben möglich, da von einer gleichen Interessenlage ausgegangen wird.

Eine Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung bereits im Januar 2019 ist unter Berücksichtigung des notwendigen Zeitablaufes nicht möglich.

Frau Schulze erbittet für Februar 2019 einen Zwischenstand zur Umsetzung der Befragung. Die Befragung soll im ersten Quartal 2019 umgesetzt werden. Der Antrag sollte entsprechend geändert werden.

Herr Thomann sagt eine Information im Februar 2019 zu. Die Befragung wird im 1. Quartal 2019 durchgeführt. Danach wird der Ausschuss unterrichtet.

Frau Eifler bittet um eine Ergänzung des Antrages. Es sollen auch die Wellcome-Center der wissenschaftlichen Einrichtungen befragt werden.

Nach einer kurzen Debatte schlägt Herr Thomann vor, die Welcome-Center in die Vorbereitung der Befragung einzubeziehen, um den Fragebogen vorzubereiten.

Frau Tietz übernimmt dies und ergänzt den Antrag entsprechend.

Frau Eisenblätter stellt den so ergänzten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im 1. Quartal des Jahres 2019 eine Kundenbefragung in der Potsdamer Ausländerbehörde (ABH) durchzuführen.

Die Ergebnisse sollen einen Überblick darüber vermitteln, wie groß die Zufriedenheit der Betroffenen mit der Arbeit der Behörde ist, aber auch Änderungsbedarf und Optimierungsmöglichkeiten aufzeigen.

Bei der Vorbereitung und Durchführung sollen der Migrantinnenbeirat und die in der Stadt ansässigen Beratungsstellen, **z.B. die Welcome-Center**, einbezogen werden.

Über den Sachstand soll die Stadtverordnetenversammlung im Januar 2019 unterrichtet werden.

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.**

zu 5.5 Lokaler Teilhabeplan 2.0

Vorlage: 18/SVV/0777

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Herr Richter (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) stellt anhand einer Präsentation den Lokalen Teilhabeplan vor.

Frau Schulze verweist darauf, dass im Maßnahmeplan abgebildet ist, dass in jedem Geschäftsbereich ein Ansprechpartner vorhanden ist. Laut Frau Schulze sollte dies eine der ersten Maßnahmen sein, die umzusetzen sind. Der neue Oberbürgermeister sollte dies priorisieren.

Sie betont, dass die Berichterstattung, die alle zwei Jahre erfolgen soll, ein zusätzlicher Bericht sein müsse. Bei einem Prioritätenwechsel müssen die entsprechenden Beschlüsse gefasst werden.

Herr Richter betont, dass das Inklusionsgremium gegründet wurde, um die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen zu begleiten und zu priorisieren. Die Politik sitzt hier mit am Tisch.

Auf Nachfrage erklärt Herr Richter, dass die 30.000 Euro für die Umsetzung des Plans nicht das Gesamtbudget darstellen. Diese sind für die Umsetzung des Plans erforderlich sowie für Werbungskosten. Nach der Priorisierung sind weitere Gelder in den Haushalt einzustellen.

Auf den Hinweis, dass einige Begriffe im Lokalen Teilhabeplan nicht mit der leichten Sprache vereinbar sind, erklärt Herr Richter, dass es auch eine Fassung in leichter Sprache geben wird.

Frau Schulze regt an, im nächsten Doppelhaushalt die finanzielle Ausstattung zur Umsetzung zu fordern und sich stark zu machen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Frau Eisenblätter die Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Lokaler Teilhabeplan 2.0 –

Der Lokale Teilhabeplan 2.0 bildet für die Landeshauptstadt Potsdam die Grundlage für die weitere Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bis zum Jahr 2023 (gemäß Anlage).

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

zu 6.1 Kosten der Festlegung zu Modernisierungsumlage und Mietsteigerungen bei Wohnungen der städtischen ProPotsdam GmbH

Vorlage: 18/SVV/0791

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6.2 Förderung von sozial- und gesundheitsfürsorgender Angebote 2019

Frau Biesecke, Frau Wilczynski und Herr Fröhlich haben den Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion im Auswahlgremium vertreten. Somit muss die Förderliste lediglich zur Kenntnis genommen werden.

Herr Richter (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) ergänzt, dass ein Antrag der AWO zur Arbeit und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen vorliegt. Die bisherige Förderung durch die Aktion Mensch ist nicht möglich, aber die Anschlussfinanzierung des Projektes ist wichtig.

Das Projekt wurde leider nicht für die Förderung versehen. Daher äußert er die Bitte, im Ausschuss noch einmal zu prüfen, ob die finanzielle Unterstützung ermöglicht werden kann. In den letzten 4 Jahren wurde viel aufgebaut, was jetzt wegbrechen würde.

Frau Schulze ist Herrn Richter dankbar für den Hinweis. Sie weist darauf hin, dass 3 von 5 Anträgen der AWO nicht berücksichtigt wurden. Bei Rückfragen hätte man beim Träger nachfragen können. Auch die LAFIM-Projekte wurde nicht berücksichtigt. Die abgelegten Anträge sollten durch andere Maßnahmen ergänzt werden.

Sie fragt, warum die Förderliste heute nur zur Kenntnis genommen und nicht abgestimmt werden soll.

Frau Eisenblätter sieht keine Notwendigkeit, über die Förderliste abzustimmen, da man sich auf ein Verfahren verständigt hat. Von Seiten des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Inklusion wurden drei Mitglieder in das Auswahlgremium entsendet, die stellvertretend gemeinsam mit der Verwaltung die Förderliste erarbeiten sollten.

Eine zusätzliche Abstimmung wäre danach nicht erforderlich, da das Mandat zur Abstimmung an die 3 Mitglieder des Ausschusses übertragen wurde.

Frau Schulz verweist darauf, dass es auf der Grundlage der gültigen Richtlinie eine Empfehlung geben soll.

Frau Wilczynski betont, dass es eine sehr gute Abstimmungs- und Entscheidungsrunde gab.

Frau Tietz fragt nach den Kriterien für die Entscheidung. Laut Förderung gibt es keine Aufstockungen gegenüber dem Jahr 2018. Das bedeutet, dass es keine Tarifierung gibt. Dies sollte unbedingt erfolgen.

Herr Thomann macht darauf aufmerksam, dass man sich hier im Zuwendungsrecht befinde. Das heißt, es ist eine Zuwendung für freiwillige Leistungen. Hierfür lagen sehr viele Anträge vor.

Herr Bindheim (FB Soziales und Gesundheit) weist darauf hin, dass für die Förderung auf der Grundlage der Richtlinie zur Förderung von sozial- und gesundheitsfördernden Angeboten analog dem Jahr 2018 auch für das Jahr 2019 eine Fördersumme in Höhe von 1,34 Mio. Euro zur Verfügung steht. Die beantragte Fördersumme übersteigt die zur Verfügung stehenden Mittel um ca. 680.000 Euro.

Alle fristgemäß eingegangenen Förderanträge wurden anhand der Matrix für die Förderung 2018 geprüft, bewertet und priorisiert.

Frau Kiss bestätigt, dass es aus Sicht des Beirates für Menschen mit Behinderung bedauerlich wäre, wenn das Projekt der AWO nicht umgesetzt wird. Es ist ein innovatives Projekt, das nicht durch andere Projekte abgefangen wird. Der letzte Fachtag bei diesem Projekt hat gezeigt, dass das Projekt noch am Anfang ist und damit noch nicht die erforderlichen Ergebnisse vorzuweisen. Sie fragt, ob es andere Unterstützungsmöglichkeiten gibt.

Das wird von Herrn Thomann verneint. Er betont, dass er gerne fördern würde, aber keine weiteren finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Der Antragsteller ist dafür verantwortlich die Anträge zu untersetzen.

Herr Richter findet, dass die Beiräte in Zukunft bei den Entscheidungen zu berücksichtigen sind.

Frau Wilczynski sieht das positiv, da die Einbindung der Beiräte aus ihrer Sicht für eine qualitative Besserung sorgen könnten.

Herr Wellmann fragt, in welcher Funktion die Beiräte hier tätig werden sollten.

Frau Eisenblätter sieht hier den Regelungsbedarf in der neuen Richtlinie.

zu 6.3 Information zur Spendensammelstelle

Frau Knorr (GB Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung) stellt sich vor. Frau Knorr ist seit dem 01.10.2018 u.a. als Flüchtlingskoordinatorin im Geschäftsbereich 3 tätig.

Sie erinnert daran, dass die Landeshauptstadt Potsdam seit Dezember 2015 eine zentrale Sammelstelle für Sachspenden betreibt. Grundlage ist der Beschluss 15/SVV/0613, wonach die Einrichtung und finanzielle Absicherung einer zentral betriebenen Sammelstelle für Sachspenden in der LHP geprüft werden sollte,

sowie der Beschluss 15/SVV/0871 auf Grund dessen für den Betrieb der Spendensammelstelle fünf Personalstellen im Rahmen des Bundesprogrammes „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ befristet bis zum 31.12.2018 eingerichtet wurden. Sämtliche Arbeitsverhältnisse des mit dem Betrieb der Spendensammelstelle betrauten Personals laufen folglich zum Ende dieses Jahres aus. In allen Beschlüssen war somit das Ende der Spendensammelstelle auf den 31.12.2018 fixiert. Die Übergabe der Leichtbauhalle an den KIS zum 31.12.2018 ist vereinbart.

Mit Schließung des Standortes in Drewitz wird die Landeshauptstadt Potsdam keine weitere Sammelstelle für Spenden betreiben da es sich um eine freiwillige Leistung handelt. Die genannten Beschlüsse wurden erfüllt. Die Entscheidung zum Betrieb einer zentralen Sammelstelle für Spenden wurde auf Grundlage der Flüchtlingssituation im Jahre 2015 getroffen.

Ein Teil der Spenden der Sammelstelle kann an die Suppenküche übergeben werden. Mit der AWO- Schatztruhe finden Gespräche über die Abnahme und Verbringung sämtlicher weiterer Textilspenden statt.

Frau Schulze bedankt sich für die Information und weist darauf hin, dass vor einigen Monaten avisiert wurde, dass die Spendenstelle schließt. Herr Schubert hatte zugesagt, dass für die Weiterführung Kooperationsverträge abgeschlossen werden. Dies ist nicht passiert. Sie fragt, ob sich die Landeshauptstadt Potsdam also tatsächlich aus dem Geschäft zurückzieht.

Dies wird von Frau Knorr bestätigt. Sie erklärt, dass aufgrund des Rückgangs der Flüchtlingszahlen für die Annahme von Spenden sowie die Ausgabe an die bedürftige Bevölkerung die Angebote der Träger ausreichend sind, die auch vor der Flüchtlingssituation im Jahre 2015 die Spendenverteilung in Potsdam sicherstellen konnten.

zu 7 Sonstiges

Frau Eisenblätter fragt nach dem Stand bezüglich der Spielfläche an der Gemeinschaftsunterkunft Handelshof.

Herr Thomann erklärt, dass die Landeshauptstadt die Spielfläche von der EWP hätte kaufen können. Dies wurde von Seiten der Stadt hat abgelehnt, da für die Fläche eine

Verpflichtung der Bewirtschaftung (Aufsicht, Bewirtschaftung, Verkehrsabsicherung) erforderlich wäre, da es derzeit eine Brache ist. Die EWP würde dann die Haftung auf die LHP übertragen. Auch die Straßenquerung müsste beaufsichtigt werden.

Herr Thomann betont, dass zukünftig keine Kinder mehr in die Einrichtung gegeben werden.

Frau Eisenblätter findet die Antwort unbefriedigend. Sie macht deutlich, dass die EWP zugesagt hatte, das Grundstück zu umzäunen. Der Prüfauftrag für die Einrichtung einer Tempo 30 Zone läuft noch. Sie betont, dass eine Überwachung von Spielplätzen auch sonst in der LHP nicht erfolgt.

Frau Eisenblätter spricht die Überdachung bei der Ausgabestelle der Tafel Potsdam in der Drewitzer Straße an. Sie berichtet, dass seit einer Woche ein

Bauzaun aufgestellt ist, aber Baumaterialbeschaffung laut Aussage des Kommunalen Immobilien Service (KIS) schwierig sei. Bis zum 07.12.2018 soll nach Auskunft des KIS der Bau abgeschlossen werden.

Frau Schulze bittet, zur nächsten Sitzung des GSI-Ausschusses den Werkleiter des KIS Einzuladen, wenn die Baumaßnahme nicht bis zum 07.12.2018 abgeschlossen ist.

Frau Wilczynski informiert, dass Kultur am 25.11.2018 den Regine Hildebrandt Preis 2018 erhält. Des Weiteren weist sie darauf hin, dass am 01.12.2018 der Aids Tag begangen wird und bittet um rege Beteiligung.

Nächster GSI-Ausschuss: 11. Dezember 2018, 18:00 Uhr

Imke Eisenblätter
Ausschussvorsitzende

Nicole Dörnbrack
Schriftführerin